

### Demonstrationszug der Rechts- hörer.

Seute morgens hielten die aus dem Kriege heimgekehrten Hörer der Rechte in der Universität eine von mehreren hundert Studenten besuchte Versammlung ab, um den Forderungen nach Regelung ihres Studienganges erhöhten Nachdruck zu verleihen. Es waren alle studentischen Parteien vertreten.

Leutnant Grohmann erstattete das Referat, in dem er unter scharfen Angriffen auf die Unterrichtsbehörden die Undankbarkeit gegenüber den Kriegsteilnehmern beklagte. Trotzdem die Forderungen der Studenten schon vor vier Wochen überreicht wurden, sei ihnen bisher keinerlei Antwort zuteil geworden. Es bleibe nichts übrig, als schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Der Referent verlas dann die Forderungen der Rechtshörer, die etwa folgende sind: Die Nachsicht des rechtshistorischen Rigorosums für die Kriegsteilnehmer, die Ablegung der Rigorosen gleich nach der Meldung zur Staatsprüfung, Ablegung der strengen Prüfungen acht Wochen vor Schluß ihres achten Semesters, Einrechnung der Militärdienstzeit in den öffentlichen Dienst, in die Konzipientenzeit für Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft sind jederzeit Prüfungstermine anzusetzen. Die Kriegsdienstleister erhalten den Vorzug bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst.

Der letzte Absatz der Forderungen drohte für den Fall, als nicht binnen zehn Tagen eine Antwort erfolge, mit einem Generalstreik der Rechtshörer. Dieser Antrag wurde jedoch auf eine Einsprache der Vertreter zweier Vereine abgelehnt. Bei der Beratung über die schärfere oder mildere Taktik kam es zu lebhaften Kontroversen.

Die Studenten wählten eine Deputation mit Leutnant Grohmann an der Spitze. Hierauf formierten sich die Studenten, von denen die meisten Offiziere sind, in vier Reihen und marschieren in geschlossenem Zug von der Universität ins Unterrichtsamt, wo die Deputation der Studentenliste die Forderungen überreichte.